

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 155 (1989)
Heft: 10

Artikel: Landesverteidigung - zweitrangig gewordene Staatsaufgabe?
Autor: Haltiner, Karl W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-59421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landesverteidigung – zweitrangig gewordene Staatsaufgabe?

Unter die als Titel dienende Frage stellte die FDP des Kantons Zürich im Frühjahr 1988 eine Arbeitstagung, an der sie eine wehrpolitische Lagebeurteilung vornahm und über Massnahmen beriet, die für Sicherheitspolitik und Armee wegen des veränderten gesellschaftspolitischen Umfelds nötig sein könnten: Ein deutliches Zeichen dafür, dass im öffentlichen Raum eine wehrpolitische Verunsicherung als Problem wahrgenommen wird. Im folgenden werden die Ursachen dieser Entwicklung skizziert, einige Querverbindungen zur Initiative «Schweiz ohne Armee» hergestellt und einige Vorschläge dazu gemacht, wie unter diesen Umständen der Abstimmungskampf geführt werden sollte.

1. Ja, aber ...

Wer seit Jahren die Einstellungen der Schweizerinnen und Schweizer zur Milizarmee erkundet, der stösst auf einen wenigstens prima vista merkwürdigen Widerspruch: Fragen nach der Bereitschaft zur gewaltsamen Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes in einem Angriffsfall und zur Notwendigkeit der Armee erreichen in allen Befragungen hohe, ja sehr hohe Zustimmung – und dies mit geradezu beeindruckender Konstanz seit den sechziger Jahren, als entsprechende Fragen zum erstenmal gestellt wurden. Es mag mehr oder weniger grosse Unterschiede zwischen jung und alt, zwischen Männern und Frauen, zwischen Stadt und Land und nach Sprachregionen geben, aber wo es um die Existenzbefürwortung der militärischen Landesverteidigung geht, zeichnet sich keine Trendänderung ab. Mehr noch: Kaum ein anderer Bereich helvetischer Politik vereinigt auf sich einen derart stabil hohen Konsens. *Misst man den Wehrwillen am Kriterium «Befürwortung der Armee», so ist dieser heute so intakt wie eh und je.*

Wird jedoch nach dem Stellenwert geforscht, den Schweizerinnen und Schweizer der Milizarmee für das persönliche und das gesellschaftliche Leben zumessen, so wird in den Befra-

gungen wie auch beim tatsächlichen Verhalten ein Faszinationsverlust des Bürgerleitbildes «Milizarmee» im Verlaufe der Nachkriegszeit unverkennbar. Die Mehrzahl der Jungen bekundet zusehends Mühe, in der Armee eine Bürgerschule oder gar die Schule der Nation zu sehen. Wachsende Teile der Bevölkerung akzeptieren die Armee nurmehr nüchtern und pragmatisch als «notwendiges Übel». Persönliche Nutzenerwägungen, nicht mehr patriotische Motive bestimmen das *Engagement in und für die Armee – ein Engagement, das während der gesamten Nachkriegszeit undramatisch, aber nachweisbar gesunken ist.*

Der **Widerspruch** zwischen hoher Notwendigkeitsbefürwortung und der gleichzeitigen schleichenden Entwertung des Militärs lässt sich **auflösen**: Offenbar muss die Frage nach der Aufrechterhaltung der Landesverteidigung von jener nach der gesellschaftlichen Bedeutung, die dem Wehrbereich zugemessen wird, sorgsam getrennt werden. Wenn Frau und Herr Schweizer überzeugt ja sagen zur gewaltsamen Landesverteidigung, so heisst das noch nicht, dass sie diese als besonders wichtig einstufen, dass sie bereit wären, die Militärausgaben in ihrer jetzigen Höhe gutzuheissen, dass sie bereit wären militärische Emissionen in jedem Fall zu dulden und zu neuen Waffenplätzen ja zu sagen, dass sie bereit wären, die eigene Person in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen oder sich auch nur mit sicherheitspolitischen Belangen auseinanderzusetzen. Um es salopp mit dem Filmer Roman Brodmann (Fernsehfilm im Zweiten Deutschen Fernsehen «Vom Schlachten der heiligen Kuh»: Darstellung der Initiative «Schweiz ohne Armee») und gleichzeitig gegen ihn zu formulieren: Die Existenzberechtigung der «Kuh» ist unbestritten, ihre «Heiligkeit» dagegen wird in Frage gestellt.

Indikativ für diese Änderung der Bewertung ist schliesslich nicht zuletzt die Tatsache, dass innerhalb weniger Jahre gleich drei wehrpolitisch bedeutsame Volksbegehren zustande gekommen sind. Nach dem Rüstungsreferendum und der Rothenturm-In-

itiative steht eine Abstimmung über einen Vorschlag zur Abschaffung der Armee bevor. Eine diesem Vorschlag verwandte Initiative, die sogenannte Friedensinitiative, ist zwar gescheitert, aber alternative Sicherheitspolitiker und ihre Grüpplein erfreuen sich einer Hochkonjunktur und profilieren sich mit immer neuen Vorschlägen.

2. Veränderung des gesellschaftlichen Umfeldes

Der beschriebene Prozess der Bewertungsänderung ist keineswegs typisch für das Militär. Ihm unterliegen ebenso Kirche, Staat, Parteien, Wissenschaft, Technik und andere Institutionen. Verständlich wird er vor dem Hintergrund eines umfassenden gesellschaftlichen **Struktur- und Wertwandels**, der die Schweiz ebenso wie die meisten westlichen und, wenn auch noch in abgeschwächter Form, östlichen Industriestaaten erfasst hat.

Für den Zeitgenossen sind **die Merkmale des Strukturwandels** gut zu erkennen: die rasche Verstädterung weiter Teile des schweizerischen Mittellandes, die im Zeitraum von weniger als zwei Jahrzehnten entstandene hohe allgemeine Mobilität, die rasche Erhöhung des Lebensstandards, der gestiegene und weiterhin steigende allgemeine Schulbildungsgrad, die ausgebaute soziale Sicherung im Wohlfahrtsstaat, die gewachsene staatliche Regelungsdichte, die rasch fortschreitende berufliche und arbeitsteilige Differenzierung und Spezialisierung, die wachsende Allgegenwärtigkeit moderner Technologie in allen Lebensbereichen, die gestiegene Bedeutung der Weltgesellschaft für unser Handeln durch veränderte Medien- und Kommunikationsstrukturen, die erhöhte Informationsdichte usw. Von der sich derzeit vollziehenden Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologie ist überdies ein weiterer Wandelsschub zu erwarten. Automatisierung und Informatisierung werden nicht nur der Produktions- und Dienstleistungssek-

tor in noch unbekanntem Ausmass verändern, sondern auch die andern Lebensbereiche völlig durchdringen – ein nicht unbedeutender Prozess, wenn wir uns vor Augen halten, dass Information und Kommunikation gewissermassen das gesellschaftliche Bindegewebe darstellen, die rasche Verbreitung dieser Technologien mithin an Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts rührt.

Die Auswirkungen des Wertwandels

dagegen sind durch den Zeitgenossen weniger leicht zu erkennen, obwohl dieser rasche Strukturwandel natürlich auch unsere Wertvorstellungen, das heisst jene Massstäbe, nach denen wir unser Handeln und Trachten ausrichten, stark beeinflusst hat. Zu den Folgen des Wertwandels gehören etwa:

Pluralisierung und Verunsicherung

Die Grundtendenz des Wertwandels besteht darin, dass gemeinschaftsbezogene Formen des Zusammenlebens – wie sie idealtypisch etwa im kleinen ländlichen Dorf noch anzutreffen sind – von gesellschaftsbezogenen, städtisch-kosmopolitischen Lebensstilen abgelöst werden. Geschlossene und für den einzelnen verbindlich vorgegebene Wertordnungen brechen auf zugunsten von geltungsbereichsbegrenzten Wertmustern. Diese Auffächerung der Wertgeltung, bekannt als Pluralisierung, befreit das Individuum stärker als je zuvor in der Geschichte vom Anpassungsdruck des Kollektivs, gibt ihm mehr als früher die Möglichkeit, sich die Gruppen, denen es angehören möchte, selbst auszuwählen. So sehr diese Entwicklung die Chance zur individuellen Entfaltung steigert, so sehr kann sie auch Bindungslosigkeit verursachen: Man fühlt sich zwar grundsätzlich verschiedenen Gruppen zugehörig und bejaht deren wesentlichste Werte und Normen, ohne indessen alle Werte voll zu akzeptieren.

Daraus entsteht im gesellschaftlichen Raum die Gefahr eines Sinn- und Zielvakuums, das zur **Suche nach neuen Sicherheiten** drängt. Sichtbar wird dies in der heute zu beobachtenden Betonung der individuellen Lebens- und Sinngeborgenheit, in der nostalgischen Forderung nach dezentralisierten überschaubaren Gemeinschaftsformen, der Entdeckung der «Betroffenheit», in neuen Formen der transzendentalen Sinnsuche. Diese Sicherheitssuche manifestiert sich in der gestiegenen Aktualität der Astrologie ebenso wie in traditionsfernen Jugendsekten, im kirchlichen Fundamentalismus ebenso wie im Zusammengehörigkeitserlebnis, das etwa

eine Kernkraftwerksgelände-Besetzung zu bieten vermag.

Es steigt deshalb die Tolerierungs- und Anerkennungsbereitschaft für Umkehrstrategien aller Art, wie sie die verschiedensten alternativen Bewegungen offerieren, wie sie letztlich auch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee anzubieten hat.

Relativierung

Wertvorstellungen werden heute, anders als früher, auch im Bewusstsein der breiten Masse als veränderbar und als relativ empfunden. Das Bewusstsein der Relativität und des begrenzten Geltungsbereichs eigener und fremder Werthaltungen vermindert die Bereitschaft, die Autorität herkömmlicher Wertvermittlungsinstanzen in Familie, Schule und Staat fraglos anzuerkennen. Diese Erfahrung macht heute jeder Erzieher. So auch der Vater, der seinen bei Tisch rülpsenden Sohn über hiesige Manieren belehren will, von diesem aber seinerseits belehrt wird, Rülpsen nach dem Essen sei in Indien ein Zeichen von Höflichkeit. Es sei deshalb nicht einzusehen, warum Rülpsen hierzulande unmanierlich sein solle. Die väterliche Autorität und die Geltungskraft eigener Werte werden in diesem Beispiel mit Verweis auf eine fremde Wertordnung eingeschränkt.

Werte wie «Toleranz» und «Gleichwertigkeit» im Sinne eines wachsenden Verständnisses für andere Standpunkte nehmen denn auch nachweisbar an Bedeutung zu.

Individualisierung

Aus dem Relativitätsbewusstsein heraus verlieren Akzeptanzwerte, welche den Einzelnen in die Gruppen einbinden, wie etwa «Gehorsam», «Unterordnungsbereitschaft», «Ordnung», «Pflichterfüllung», «gesellschaftliches Ansehen» an Gewicht. Individualitätswerte wie «Selbsterfüllung», «eigene Zeitverfügung», «Spontaneität», «Autonomie» gewinnen komplementär dazu an Bedeutung.

Beispielhaft lässt sich das am *Leistungsbewusstsein* zeigen. Dieses hat entgegen verbreiteter Meinung kaum je in Gefahr gestanden, durch das Lustprinzip ersetzt zu werden. Aber der Wert «Leistung» als moralische Pflicht, als allgemeinverbindliche Norm, tritt zunehmend in den Hintergrund.

Dagegen ist eine hohe Leistungsmotivation überall dort vorhanden, auch im Freizeitbereich und auch im Militär, wo sie mit Selbstbewährung, mit individueller Sinnerfüllung und eigener Entfaltung vereinbart werden kann.

Akzeptanzwerte wie «Fleiss» und «Gehorsam» sind für die Arbeit an einer computergesteuerten Maschine auch wenig angemessen. *Fleissig und gehorsam ist die Maschine*. Hingegen sind für die Techniker und Ingenieure, die den Automaten überwachen, Werte wie «Teamfähigkeit», «Offenheit für Neues» und vor allem «Selbständigkeit» von zunehmender Wichtigkeit. Hier wird der Zusammenhang zwischen dem Wertwandel und dem technisch-wirtschaftlichen Strukturwandel sichtbar.

Schwindende Geltung der Tradition

Der beschleunigte Lebensrhythmus verkürzt die Geltungsdauer und Geltungschance von Tradition. Er erzwingt eine ständige Anpassung und Infragestellung gemachter Erfahrungen. Die Zukunft wird nicht mehr aus der Vergangenheit heraus abschätzbar, deshalb bedrohlich, weil unsicher. Die Vergangenheit ihrerseits verliert ihre identitätsschöpfende Wirkung.

Diese Entwicklung erodiert zudem traditional und gefühlsmässig abgestützte Loyalitäten gegenüber der Grossgruppe und erschwert die Identifikation mit der eigenen Geschichte. Auch verstärkt sie den Drang nach neuen Sicherheiten, nach einem griffigen Halt im raschen Wandel.

Nutzorientierung im Mutterstaat

An die Stelle gefühlsmässiger und traditioneller Bindungen tritt ein instrumentelles Nutzenverhältnis zu den grossorganisatorisch verfassten Einrichtungen moderner Gesellschaften. Instrumentell heisst, dass die Bindung an gesellschaftliche Institutionen sich verstärkt über deren Einschätzung als dienlich, als persönlich nützlich vollzieht. Sichtbar wird das an der Verschiebung von einem mehr «väterlichen» Staatsbild, bei dem die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und der nationalen Einheit als Aufgabe des Staates im Vordergrund steht, zu einem mehr «mütterlichen» Staatsbild, das durch wohlfahrtsstaatliche Verteilungsaufgaben geprägt wird. Entsprechend haben Werte, die sich

über die Aufgabe des Staates als Daseinssicherung aufbauen, wie etwa «Verteilungsgerechtigkeit», «materielle Besitzstandssicherung in Grenzlagen», «Sicherheit vor technisch bedingten Risiken», «Schutz der Umwelt» einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren.

Demgegenüber werden Werte der nicht unmittelbar individualbezogenen, äusseren Sicherheit vergleichsweise geringer betont.

Privatisierung und Öffentlichkeitsschwund

Ansatzweise zeigt sich als Folge dieses Wertwandels auch eine Neugewichtung von dem, was man als Verhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit bezeichnen könnte. Ein Beispiel unter andern gibt dafür die gesunkene Stimm- und Wahlbeteiligung oder – noch deutlicher – die wachsende Schwierigkeit, neben- oder ehrenamtliche Funktionsträger in genügender Zahl zu finden. Dabei ist gerade die Schweiz mit ihrem ausgeprägten Milizprinzip besonders darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger freiwillig politische Verantwortung übernehmen.

Mit zunehmender Privatisierung des Lebensstils scheint sich aber ein langsamer Abbau jenes staatsbürgerlichen Engagements anzubahnen, welches das öffentliche Ideal der res publica in der Schweiz traditionellerweise zu mobilisieren vermochte.

3. Veränderte sicherheits- und wehrpolitische Rahmenbedingungen

Aufgeblähter Sicherheitsbegriff

Dem Wert «Sicherheit», verstanden als Abwehr einer Bedrohung, wird, wie gezeigt, heute aus verschiedenen Gründen grössere Bedeutung als früher beigemessen. Unverkennbar ist dabei zugleich eine Ausweitung des Wertinhaltes: «Anstelle der sozusagen (klassischen) Bedrohung durch Krieg und Kriegsgefahr fühlen wir uns bedroht durch allerlei neue Formen von Gefährdung: durch Umweltschäden und Naturkatastrophen, durch die Kernenergie, durch das Ozonloch über der Antarktis, durch unheimliche Viruskrankheiten wie Aids, durch die an die Grenzpforten unserer wohlhabenden Industrieländer klopfenden Mas-

sen mit braunem und schwarzem Gesicht, durch die plötzliche Erfassung und mögliche Kontrollierbarkeit unseres Tuns und Lassens mit Hilfe der modernen Informatik» (Daniel Frei). Wie Befragungen zeigen, stellen grosse Teile der Bevölkerung diese neuen Bedrohungsformen weit über die militärische Bedrohung. Ausserdem gewinnt die Meinung an Boden, zwischen verschiedenen Sicherheitsinteressen bestünde ein Konflikt.

So wird das Trachten nach militärischer Sicherheit als in Konkurrenz zur wohlfahrtsstaatlichen oder gar zur ökologischen Sicherheit verstanden. Landesverteidigung ist in dieser Sicht zur zweitrangigen Staatsaufgabe geworden.

Globalisierung und Moralisierung des Sicherheitsbegriffes

Relativierung und Kosmopolitisierung der Wertperspektiven erodieren tendenziell die nationale Identifikation. Aus Staatsbürgern werden Weltbürger, die erkennen oder zu erkennen glauben, dass und wie lokales Handeln sich global auswirken kann. Diese sehen die äussere Sicherheit zusehends weniger unter nationaler als unter internationaler Perspektive. Unter nationaler Sicht, in der die Sicherheit eines Staates gegen die Sicherheit eines anderen stehen kann, erhalten Kriterien der Kräftebalance und des Konflikts vorrangige Bedeutung. In globaler Sicherheitsperspektive stehen hingegen Ausgleich und Kooperation im Vordergrund, das Sicherheitsstreben wird vermehrt unter moralisch-ethischen Gesichtspunkten gesehen als unter dem der Staatsräson. Im Extremfall wird die Kooperation unter gleichzeitiger Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung zum allgemeinen Prinzip erhoben – eine Auffassung, die der vorliegenden Armee-Abschaffungsinitiative zu Gevatter steht. Obwohl diese Meinung nur bei kleinen Minderheiten verbreitet ist, zeigen Untersuchungen, dass insbesondere jüngeren bis mittleren Generationen die herkömmlich praktizierte Sicherheitspolitik – zurückhaltend-defensives Aktivwerden nach aussen, Betonung der Wehranstrengungen im Inneren – zu eingleisig erscheint.

Ohne die militärische Landesverteidigung und die Neutralität grundsätzlich in Frage zu stellen – ihr Wert ist grossmehrheitlich unbestritten – wird die Gewährleistung der äusseren Sicherheit zusehends weniger unter einer bloss wehrpolitischen Perspektive gesehen.

Das bisher in der Bevölkerung verbreitete isolationistische Sicherheitsdenken beginnt – langsam und vorwiegend bei den Jüngeren – einem sicherheitspolitischen Verständnis Platz zu machen, das nationale Sicherheit ebenso sehr durch eine betont aktive Aussenpolitik gewährleistet sehen will (Einbringen der schweizerischen Neutralitätsposition in den internationalen Dialog, Mithilfe bei vertrauensbildenden Massnahmen und Rüstungskontrolle, Zurverfügungstellung der guten Dienste eines anerkannt Neutralen). Die Intensivierung dieser de facto schon bisher verfolgten Politik wird deshalb unter dem Gesichtspunkt der innenpolitischen Rechtfertigung schweizerischer Sicherheitspolitik erheblich an Bedeutung gewinnen.

Militärische Selbstbehauptung erscheint auch hier nicht mehr als erster Staatszweck, sondern als einer unter mehreren.

Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit

Zwischen der grundsätzlichen Befürwortung einer militärischen Verteidigung und dem Vertrauen, diese sei fähig, in einem modernen Krieg zu bestehen, klappt heute eine Lücke. Skepsis ist überwiegend bei der jüngeren Generation und insbesondere bei der weiblichen Bevölkerung verbreitet. Bei beiden Gruppen überwiegt überdies ein nukleares Kriegsbild und die Neigung zum Worst-Case-Denken. Durch diese Verunsicherung tauchen Fragen nach dem Sinn herkömmlicher Verteidigungseinrichtungen häufiger auf als früher, auch und gerade bei Leuten, die der Landesverteidigung gegenüber engagiert positiv eingestellt sind. Es ist nicht auszuschliessen, dass Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit, die in der Schweiz durchaus nicht jene Breitenwirkung erreichen wie bei unseren nördlichen und östlichen Nachbarn, sich inskünftig in höherem Mass als bisher lähmend auf den Verteidigungswillen auswirken könnten, wenn es nicht gelingt, das Vertrauen in den Sinn und die Wirkung eigener Wehranstrengungen im Lichte der sich wandelnden Bedrohungsbilder herzustellen.

Aus der Verunsicherung heraus wächst jenes Toleranzklima, in welchem alternative Sicherheitvorstellungen, die das «primum vivere» in den Vordergrund stellen, gedeihen. Es ist diese Verunsicherung, von der die Initianten für eine Schweiz ohne Armee zu profitieren hoffen und die sie im übrigen mit ihren Vorhaben kräftig zu verstärken suchen.

Entzaubertes Militär

Mit abnehmender Bedeutung nationaler Wertbezüge und einer Einstellung, die den Staat zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Dienstleistung und der Wohlfahrtssicherung sieht, verändert sich die Bewertung des Militärs in ähnlicher Richtung. Dieses erhält den Status einer Versicherung, deren Existenz als notwendiges Übel durchaus bejaht, deren Prämie aber gegen diejenige wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen aufgerechnet wird. In dieser Sicht ist das Milizmilitär nicht mehr ein gesellschaftliches Ereignis oder ein nationales Symbol, sondern einzig und allein ein Mittel zur Kriegsverhinderung. Verstärkt wird diese Neubewertung des Militärischen durch die geschilderten Veränderungen der Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Sicherheitspolitik heute vollzieht. Mit der Ausformung supranationaler Sicherheitsgemeinschaften wie auch durch das System nuklearer Abschreckung, basierend auf dem Waffenmonopol weniger Grossmächte, haben nicht nur die kleineren und mittleren Nationen sicherheitspolitisch an Bedeutung eingebüsst. Vielmehr vermag heute kein Staat, auch ein grosser nicht, den physischen Schutz des Bürgers vor Angriffen von aussen zu gewährleisten. Damit beginnt aber auch die unmittelbare Beziehung zwischen äusserer Bedrohung und nationaler Unabhängigkeit, zwischen der aussenpolitischen Funktion des Militärs und seiner Rolle als nationales und einheitsstiftendes Symbol zu zerfallen.

Das Verhältnis Gesellschaft-Militär unterliegt damit in den modernen westlichen Gesellschaften jenem Rationalisierungs- und Entsymbolisierungsprozess, den der deutsche Sozialwissenschaftler Max Weber als «Entzauberung» beschrieben hat. Der Neubewertungsprozess muss – das zu betonen scheint wesentlich – *eher als De-Militarisierung denn als Anti-Militarisierung* verstanden werden. Er vollzieht sich mehr auf der Ebene Wichtig-Unwichtig als auf der Ebene von Pro und Contra.

Dennoch nimmt dadurch die Bereitschaft, die Wehrinstitutionen nicht bloss grundsätzlich zu bejahen, sondern sie persönlich mitzutragen, eher ab, die «Ja, aber ohne mich»-Haltung und die Toleranz für das Wehrentzugsverhalten eher zu.

Schwieriger gewordener Rollenwechsel Bürger-Soldat

Bis in die jüngste Zeit fanden sich zwischen dem zivilen und dem militärischen Lebensstil mannigfache Gemeinsamkeiten. Zu nennen wäre die erwähnte Geltung des Prinzips Gehorsam und die Betonung von Pflichttugenden wie Selbstdisziplin und Autonomiebegrenzung für den schulischen, beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg. Unter dieser Ähnlichkeitsvoraussetzung erhielt die militärische Erziehung als graduell strengere Form eines allgemeingültigen Erziehungsideals eine Leitbildaufgabe. Der Militärdienst verhiess Charakter- und Persönlichkeitsschulung und war von anerkannt gesellschaftlichem Wert. Sein besonderes Prestige als Bürgerschule liess die pflichtgemässe Absolvierung des Dienstes – unbeschadet darum, ob man gerne oder ungerne Dienst leistete! – als erstrebenswert und zumindest nicht als vermeidenswert erscheinen, weil sie einen gesellschaftlichen Gegenwert in Form von Anerkennung und bürgerlicher Ehrenfähigkeit versprach.

Dem Trend nach verlieren nun offenbar gerade solche Werte im Zivilen an relativer Bedeutung, welche im Befehlsverband nach wie vor eine funktionale Notwendigkeit darstellen. Überdies werden im Zivilen personalisierte Autoritätsbezüge zunehmend durch anonyme, d. h. von Personen gelöste bürokratische Herrschaftsformen ersetzt, während sie im Militär nach wie vor dominieren.

Als Konsequenz bauen sich jene gesellschaftlichen Anreize ab, durch welche die individuelle Dienstleistung bisher ihren Pflicht- und Prestigecharakter erhielt. Dadurch nimmt der Druck der Öffentlichkeit auf den einzelnen zum pflichtgemässen Absolvieren der Dienstleistung ab. Hier liegt eine wichtige Ursache für den Wehrentzug in allen Formen, insbesondere auf dem «blauen Weg». Zudem gestaltet sich durch den Kontrast zwischen dem zivilen Umfeld und der ungleich stärker normierten militärischen Ordnung der Rollenwechsel Bürger-Soldat schwieriger. Das Unvereinbarkeitsempfinden verstärkt die psychische Distanzierung zum Militär als Lebensbereich und setzt sich rascher als früher in Spannungen, Konflikte und Kritikbereitschaft um. Auch bei grundsätzlich gegebener Leistungswilligkeit nehmen Frustrationstoleranz und Leerlaufempfinden zu. Dies speziell in jenen militärischen Handlungsbereichen, in welchen die geforderte Leistung in einem stark formalisierten Rahmen (Drill, repetitive Handlungsformen) erbracht werden

muss. Untersuchungen bestätigen diesen Sachverhalt überhäufig für Rekrutenschulen.

Die Ansprüche an die Führungs- und Motivierungsleistung, und das bedeutet an die Qualifikation der militärischen Kader, nehmen deshalb zu.

4. Was ist im Hinblick auf die Abstimmung zu tun?

Der skizzierte Einstellungswandel betrifft in erster Linie die **politische Legitimation** der Sicherheitspolitik und der Wehrinstitutionen. Insofern ist ihm auch **vorab auf dieser Ebene zu begegnen**. Mit steigender Komplexität politischer Sachverhalte schwindet erwiesenermassen die Transparenz. Desinteresse und Verunsicherung nehmen zu. Entsprechend steigt der Bedarf an Reduktion von politischer Komplexität.

Im Klartext: politische Ziele lassen sich immer weniger mit Aussicht auf Erfolg anstreben, wenn sie der Allgemeinheit nicht in allgemeinverständlicher Form über geeignete Träger vermittelt werden.

Das trifft nun für die Sicherheits- und für die Wehrpolitik in besonderem Mass zu. Niemand wird bestreiten, dass diese in der Nachkriegszeit, beschleunigt in den letzten beiden Jahrzehnten, komplizierter und für die Bürgerin und den Bürger immer weniger durchschaubar geworden sind.

Gesucht ist deshalb nicht grundsätzlich ein neuer Sicherheitsbegriff und eine entsprechende neue Sicherheitspolitik, wohl aber ein Informationsleitbild, das diese verständlich, einfach und überzeugend darzustellen vermag. Zu berücksichtigen wäre dabei:

Verständnis schaffen für unsere Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik zielt auf die Existenzhaltung von Gesellschaft und Staat. Dazu sind mehr Mittel nötig als bloss eine militärische Landesverteidigung. Die Gesamtverteidigungskonzeption von 1973 wurzelt in dieser Erkenntnis. Das Wissen über das geltende sicherheitspolitische Leitbild – das zeigen eigene Untersuchungen – ist aber im Lande mit einer der höchsten Wehrbeteiligungsraten

der Welt bedenklich wenig verbreitet. Mehr noch: Sicherheitspolitik wird in der schweizerischen Öffentlichkeit – auch das zeigen die Untersuchungen – noch immer primär unter einem ausschliesslich militärischen Blickwinkel, insbesondere unter jenem der Milizwehrtradition, gesehen. Es mag am hohen kollektiven Symbol- und Identifikationsgehalt dieses Orientierungsmusters liegen, dass es als Ganzes akzeptiert oder als Ganzes abgelehnt wird. Die enge Gedankenverknüpfung zwischen der Sicherheitspolitik und dem Militärischen bewirkt aber auch, dass das Pro und Contra gegenüber dem Militär und dessen Symbolik unmittelbar auf die Gesamtverteidigung als Ganzes übertragen wird, dass Sicherheitspolitik letztlich nurmehr als eine erweiterte Wehrpolitik verstanden wird. So vorteilhaft sich die Assoziation «Äussere Sicherheit = Militär», für Aspekte der kollektiven Identität und der militärisch ausgerichteten Wehrmotivation auszuwirken vermag, so sehr provoziert sie auch unnötigerweise den Vorwurf der «Militarisierung» der Gesamtverteidigung und der Sicherheitspolitik.

Die Eigenidentität der nichtmilitärischen Ziele und Mittel der Sicherheitspolitik muss deshalb gestärkt werden. Insbesondere die aussenpolitische Komponente schweizerischer Sicherheitspolitik, die in den letzten Jahren eine starke Aufwertung erfahren hat, ohne dass dies in der hiesigen Öffentlichkeit genügend bemerkt worden wäre, ist informationspolitisch weit stärker zur Geltung zu bringen, als dies bisher geschehen ist.

Dies vor allem deshalb, weil die vorliegende Initiative mit ihrer Forderung nach einer «umfassenden Friedenspolitik» den falschen Eindruck erweckt, die Schweiz habe sich an internationalen Bemühungen um die Friedenssicherung bisher nicht oder zuwenig beteiligt.

Zu betonen bleibt aber: So sehr die aussenpolitische Komponente stärker hervorzuheben ist, die Bedeutung der Armee als friedenerhaltendes Instrument darf dabei nicht herabgemindert werden. Hier gilt die Losung: Sowohl als auch!

Eigentliche Aufgabe der Armee

Die Legitimierung der Armee hat sich auf deren eigentliche sicherheitspolitische Aufgabe zu beschränken.

Unsere Milizarmee ist ein Instrument zur Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft und zur Notwehr, nicht mehr – aber auch nicht weniger!

Auf Idealisierung von Nebenfunktionen ist zu verzichten. Dort wo die Armee als «Schule der Nation» und als nationales Integrationssymbol wahrgenommen wird, wird dies auch inskünftig der Fall sein. Anderen, insbesondere jüngeren Generationen, ist diese Symbolik nicht aufzudrängen. Sie mobilisiert dort nur unnötige Abwehrreflexe. Es darf in diesem Zusammenhang durchaus auch darauf verwiesen werden, dass unser Milizheer zwar stark, aber von der politischen Struktur her nicht angriffsfähig aufgebaut ist.

Nach dem norwegischen Friedensforscher Johan Galtung wäre eine Abkehr von stehenden Heeren zugunsten von Milizwehren ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine allgemeine Abrüstung. Die Schweiz bildet hierfür einen Modellfall.

Kein «Entweder-Oder»

Die konstatierte Glaubwürdigkeitslücke ruft nach verstärkten Anstrengungen in der Darstellung eigener Möglichkeiten und Chancen. Diese Aufgabe ist zugegebenermassen nicht leicht, weil der Begriff der Eintretenswahrscheinlichkeit bestimmter Ereignisse in der Bevölkerung weitgehend unbekannt ist. Diesem Umstand ist deshalb besonders Rechnung zu tragen.

Dem derzeit gängigen, logisch falschen Ausspielen verschiedener Bedrohungsformen gegeneinander, z. B. Vernachlässigung äusserer Sicherheit zugunsten eines verstärkten Umweltschutzes – ist entschieden entgegenzutreten. Die Losung kann auch hier nur lauten: Sowohl als auch!

5. Schluss

Die Einrichtungen unserer direkten Demokratie und die enge zivil-militärische Verknüpfung der Milizwehrverfassung setzen die Sicherheits- und die Wehrpolitik den Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels unmittelbar und ungleich stärker aus, als dies im Ausland der Fall ist. Die institutionelle Offenheit und der demokratische Zwang zur fortwähren-

den Konsensfindung bieten andererseits, wie unsere Geschichte zeigt, Gewähr für hohe Krisenfestigkeit und Stabilität.

Die Chance liegt aber nicht in der abwartenden Passivität, sondern in der offenen politischen Auseinandersetzung, in der es glaubhaft gelingt, die Werte dieser Gesellschaft als der Verteidigung würdig darzustellen. Hierfür bietet die Diskussion um die Initiative eine echte Chance. **Gesucht sind deshalb engagierte Frauen und Männer, die diese Aufgabe aktiv und offensiv wahrnehmen.** ■